

## Anfragen zum Plenum in der 11. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Klaus Adelt**  
(SPD)

Nachdem gemäß der 2015 verkündeten Heimatstrategie bis Ende 2019 insgesamt 50 Behörden und staatliche Einrichtungen mit rund 1 400 Personen den Dienstbetrieb an ihren neuen Standorten aufgenommen haben sollten und diesem eine zweite Stufe, die bis 2030 abgeschlossen sein soll, folgte, frage ich die Staatsregierung, ist die erste Stufe der Heimatstrategie mittlerweile vollständig abgeschlossen, falls nein, wo genau ist dies noch nicht der Fall, wie ist der aktuelle Sachstand zur zweiten Stufe der Heimatstrategie (bitte aufgegliedert nach Anzahl verlagelter Stellen und Behörden im Ist-Stand in Relation zum anvisierten Soll-Stand angeben)?

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie gestaltete sich der Kriterienkatalog in der Ausschreibung für die „Verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform (VeRA)“ (bitte mit prozentualer Gewichtung angeben), welche dieser Kriterien konnte nur Palantir erfüllen und hat Kommunikation (z. B. Mails, telefonische bzw. vor Ort Gespräche, Videokommunikation) zwischen der Staatsregierung bzw. dem Landeskriminalamt (LKA) und Palantir vor der Ausschreibung stattgefunden?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem quantitativen (Anzahl der zu erwartenden Datenverknüpfungsvorgänge) und qualitativen (bitte Angabe des jeweiligen Personenkreises) Ausmaß und ab welchem Zeitpunkt beabsichtigt die Staatsregierung den Einsatz der von ihr kürzlich mit einem Erwerbzuschlag versehenen Software Palantir und welchen Personen, Institutionen werden Zuverlässigkeitsüberprüfungen (Art 60 a Polizeiaufgabengesetz – PAG) angeraten, bzw. als Voraussetzung für einen Zugang zum Veranstaltungsort empfohlen?

**Inge Aures**  
(SPD)

Nachdem zum 1. April 2021 an den Bahnhöfen auf den Nebenstrecken der Mittelfrankenbahn, die ausschließlich von der Mittelfrankenbahn angefahren werden, die Fahrkartenautomaten abgebaut wurden, Reisebüros an Bahnhöfen nicht existieren oder coronabedingt schließen mussten, dort Nahverkehrstickets seitdem nur an Bord der Regionalbahnen und Fernverkehrstickets nur online oder über die DB-App vertrieben werden, und dies für ältere, in ihrer Mobilität eingeschränkte und weniger online-affine Fahrgäste mit erheblichen Verschlechterungen der Nutzung des Bahnangebots einhergeht, frage ich die Staatsregierung, was ist der Grund für den Abbau der Fahrkartenautomaten an den betroffenen Bahnhöfen, warum haben weder Deutsche Bahn noch die Eisenbahngesellschaft noch die Staatsregierung an die Bedürfnisse von weniger online-affinen oder älteren Bahnnutzerinnen bzw. Bahnnutzern gedacht und was gedenkt die Staatsregierung zu unternehmen, um den stationären Fahrkartenvertrieb an den Bahnhöfen der Mittelfrankenbahn wieder zu ermöglichen?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wurden die Bescheide über die Entscheidungen der Härtefallkommission inzwischen verschickt, wie viel Geld wurde inzwischen an die Antragstellerinnen bzw. Antragsteller ausbezahlt und wird die Versendung der Bescheide und die Auszahlung wie angekündigt bis zum Ende des 1. Quartals 2022 erfolgen?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Studie bzw. Tagung „Treatment with Ivermectin Is Associated with Decreased Mortality in COVID-19 Patients: Analysis of a National Federated Database“ und „Abstracts from the Eighth International Meeting on Emerging Diseases and Surveillance, IMED 2021“ welche in diesem Beitrag aufbereitet wurden und über die Beschreibung des folgenden Videos per Link<sup>1</sup> leicht zugänglich sind, frage ich die Staatsregierung, welche Schlussfolgerung sie der in der eingangs zitierten Studie erarbeiteten ersten Tatsache „Ivermectin use was associated with decreased mortality in patients with COVID-19 compared to remdesivir.“ entnimmt; welche Schlussfolgerung die Staatsregierung der in dieser Studie erarbeiteten zweiten Tatsache zu Ivermectin „There was a 56 Prozent reduction in hospitalization rate“ entnimmt; aus welchen wissenschaftlichen Gründen die Staatsregierung die Bewertung von Dr. John Campbell „In this large study, regular use of ivermectin as a prophylactic agent was associated with significantly reduced COVID-19 infection, hospitalization, and mortality rates.“ zu dieser Studie nicht teilt?

---

<sup>1</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=rFyOihhAD4A&t=1s>

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund mehrerer Medienberichte zu Rechtsextremisten aus Deutschland, die ausgereist sein sollen, um sich an dem seit dem 24. Februar 2022 andauernden Kampfhandlungen im Ukraine-Krieg zu beteiligen, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr zu derartigen Ausreisen von Rechtsextremisten aus Bayern vorliegen, wie hoch deren Anzahl gegebenenfalls ist und auf welcher Kriegsseite sie sich beteiligen?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie unterstützt sie die Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine (bitte alle Finanzmittel, Sachmittel, Amtshilfe, weitere Maßnahmen und Hilfen aufzählen), unter welchen Voraussetzungen haben Kommunen die Möglichkeiten, aktuell die Geflüchteten aus der Ukraine in Hotels, Hostels, Pensionen, Wohnen auf Zeit etc. unterzubringen, und wie werden solche Probleme wie Corona-Impfung und Masern-Impfung für Kinder (als Zugangsvoraussetzung für Kita und Schule) gelöst?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung im Zusammenhang mit der Versorgung des Garchinger Forschungsreaktors Forschungs-Neutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz (FRM II) mit hoch angereichertem Uran aus Russland und der Herstellung der Brennelemente in Frankreich, welche Menge an für den FRM II bestimmten hoch angereichertem Uran aktuell in Frankreich lagert, wie viele Brennelemente für den FRM II damit noch hergestellt werden können und sind noch weitere Lieferungen aus Russland nach Frankreich vereinbart?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts der seit Jahren steigenden Mieten sowie der Knappheit von günstigem Wohnraum in Ballungsräumen und dem aktuell erfolgenden Zuzug vieler Menschen, die aus der Ukraine flüchten müssen, frage ich die Staatsregierung, welche Möglichkeiten es gibt, günstigere Mietverhältnisse durch Konzepte wie „Wohnen für Hilfe“ oder Ähnliches zumindest für eine begrenzte Gruppe, z. B. für Studienanfängerinnen und -anfänger und geflüchtete Menschen, umzusetzen, inwieweit sich die Staatsregierung für die Umsetzung der Vereinbarung, Hürden beim Ausbau alternativer Unterstützungs- und Wohnformen – wie z. B. bei der steuerlichen Bewertung von „Wohnen für Hilfe“ – zu beseitigen (vgl. Koalitionsvertrag vom 12. März 2018 CDU/CSU und SPD-Bundesregierung, Seite 27), eingesetzt hat (bitte auch auf die aktuell gültige steuerrechtliche Regelung eingehen) und welche Möglichkeiten die Staatsregierung nutzen wird, um in eigener Zuständigkeit sowie über die Zuständigkeit des Bundesrates darauf hinzuwirken, dass „Wohnen für Hilfe“ oder ähnliche Konzepte rechtssicher und unkompliziert genutzt werden können, um kurzfristig Wohnraum für mehr Menschen bereitstellen zu können?

**Dr. Anne Cyron**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund einer Studie aus Katalonien zur Maskenpflicht in Schulen mit 600 000 Kindern im Alter von drei bis elf Jahren, wonach das Übertragungsrisiko für Schulkinder nicht von der Maske, sondern vielmehr vom Alter <sup>1</sup> abhängen würde, frage ich die Staatsregierung, ob ihr diese Studie bekannt ist, welche Schlussfolgerungen die Staatsregierung aus dieser Studie zieht und unter welchen Voraussetzungen die Maskenpflicht an Schulen abgeschafft wird (bitte die Vorgehensweise der Staatsregierung nach Aufhebung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite genau erläutern)?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Frequenz, sprich wie viele Reisendenkilometer pro Kilometer, auf der Bahnstrecke zwischen Ulm und Augsburg (Fugger-Express) im Schienenpersonennachverkehr (SPNV) herrscht (aufgeschlüsselt nach Fahrtrichtung und Streckenabschnitten), und wieso es auf dieser Strecke bisher lediglich zwischen Augsburg Hbf und Dinkelscherben ein halbstündliches Angebot gibt?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schritte unternimmt konkret die Staatsregierung, um bei der Ankunft und Unterbringung von ukrainischen Geflüchteten Menschenhandel entgegenzuwirken und Kinderschutz zu sichern (bitte die Maßnahmen konkret benennen und auf folgende Punkte eingehen: Informationen und Sensibilisierung der Geflüchteten, Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen), möchte die Staatsregierung die Integrationsrichtlinie überarbeiten, um mehr Personal bei der Beratung der Geflüchteten zu sichern und die Psychosozialen Zentren und andere dezentrale Netzwerke und Organisationen finanziell unterstützen, um die Trauma-sensible Arbeit mit den Geflüchteten sicherzustellen (bei nein, bitte begründen und die bereits vorhandenen Maßnahmen auflisten), wie möchte die Staatsregierung die Zusammenarbeit zwischen den Haupt- und Ehrenamtlichen fördern (Aufstockung der Integrationslotsen)?

**Albert Duin**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Potenziale sieht sie in den ukrainischen Flüchtlingen für die Wirtschaft (Fach- und Arbeitskräftemangel), welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um die ukrainischen Flüchtlinge in Bayern möglichst schnell in Beschäftigung zu bringen und welche Initiativen sind der Staatsregierung aus der Privatwirtschaft bekannt, um möglichst schnell ukrainischen Flüchtlingen eine berufliche Perspektive in Bayern zu geben?

**Katrin Ebner-Steiner**  
(AfD)

Nachdem laut dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag jedes zweite Unternehmen in Deutschland „vor einer Kostenexplosion, die kaum aufzufangen ist“ steht, frage ich die Staatsregierung, mit welchen Kostensteigerungen rechnet sie bei den Energiepreisen in den kommenden Monaten und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung auf Landes- und Bundesebene, um Bürger und Unternehmen maßgeblich zu entlasten?

---

<sup>1</sup> <https://www.tichyseinblick.de/dailiessentials/neue-studie-zeigt-ansteckung-abhaengig-von-alter-nicht-von-der-maske/>

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was unternimmt sie angesichts der seit 2016 anhängigen Verwaltungsgerichtsverfahren beim Verwaltungsgericht Würzburg (W4K 16.57, W4K 16.723, W4K 16.724) gegen die Forstverwaltung Löwenstein insbesondere im Hinblick auf etwaigen vorläufigen Rechtsschutz, um zu verhindern, dass aufgrund der anhaltenden Rechtsanhängigkeit der Verfahren die Klagepartei gegebenenfalls aktuell und zukünftig durch praktische konkrete Maßnahmen entgegen den von der Verwaltung verfügbaren Regelungen vollendete Tatsachen schafft?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welcher Anteil der PCR-Pooltests an den Schulen und deren Rückstellproben bei den einzelnen Testungen der vergangenen acht Wochen jeweils positiv war (bitte Anteile in absoluten und relativen Zahlen je Testtag auflisten und die kürzlich eingeführten Pooltests an weiterführenden Schulen separat darstellen), welcher Anteil der Schülerinnen und Schüler als auch der Lehrkräfte entsprechend der Umfrage zum Unterrichtsbetrieb im Schulportal im Zeitraum der vergangenen acht Wochen in den einzelnen Kategorien täglich ausfiel (bitte gemeldete Ausfälle in absoluten und relativen Zahlen für jeden einzelnen Schultag darstellen und nach Gründen in der Detailtiefe der Umfrage einzeln aufschlüsseln) und ob das Staatsministerium für Unterricht und Kultus vor dem Hintergrund dieser Zahlen und der auf Bundesebene diskutierten Änderung des Infektionsschutzgesetzes (siehe BT-Drs. 20/958) eine Verlängerung der Maskenpflicht im Unterricht für die Schüler- bzw. Lehrerschaft über den 19. März 2022 hinaus mit einer Übergangs- oder Ausnahmeregelung anstrebt (bitte für den Fall einer angestrebten Ausnahmeregelung über die Gefahr einer sich dynamisch ausbreitenden Infektionslage Anhaltspunkte für deren Vorliegen darlegen und für den Fall einer angestrebten Übergangsregelung die Gründe insbesondere bei nicht angestrebter Ausnahmeregelung angeben)?

**Anne Franke**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, entspricht es den Anweisungen des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration, dass sich in Abschiebehaft genommene Geflüchtete während der Wartezeit auf ihren gerichtlichen Anhörungstermin in Gefängniszellen von Polizeistationen bis auf die Unterwäsche entkleiden und in diesem unbedeckten Zustand bis zu mehreren Stunden ausharren müssen, wenn ja, wie ist diese Anweisung begründet und inwiefern lässt sich dies mit dem unserem Grundgesetz entsprechenden Wahrung der Menschenwürde vereinbaren?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, plant sie die in Hessen und einigen österreichischen Bundesländern unterstützten Fließpfadkarten, um dadurch schnelle und kostengünstige lokale Gefährdungsbeurteilungen über Sturzfluten zu erhalten, selbst zu erstellen und den Kommunen zur Verfügung zu stellen bzw. deren Erstellung zu finanzieren (bitte unter Angabe der geplanten Finanzierungsinstrumente), bis wann können Kommunen mit der Zurverfügungstellung von aussagekräftigen Starkregengefahrenkarten rechnen (bitte unter exakter Angabe der Teile Bayerns, für die sie zur Verfügung gestellt werden können und der geplanten Veröffentlichungswege, z. B. bewährt über die Homepage des Landesamts für Umwelt) und können die Kommunen, die es nach den durch die Gefahrenkarten gestützten Erkenntnissen mit einer besonderen Gefährdungslage zu tun haben, mit einer vollständigen Finanzierung des Sturzflutrisikomanagements bei gleichzeitiger umfassender Förderung notwendiger Maßnahmen daraus rechnen (bitte unter Angabe der geplanten Finanzierungsinstrumente)?

**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist die Erhebung eines Kurbeitrags für Tagesgäste rechtskonform, wenn ja, welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein (bitte mit genauer Definition Tagesgast und Erholungszweck beim Tagesgast sowie Erläuterung der Umsetzungsmöglichkeiten und der Überprüfbarkeit) und begrüßt es die Staatsregierung, wenn immer mehr touristische Kommunen einen Kurbeitrag für Tagesgäste einführen?

**Richard Graupner**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welchen genauen Wortlaut die in der Überschrift genannte „Gemeinsame Erklärung“ hat (bitte dem Fragesteller wenn möglich per PDF-Datei zukommen lassen), ob die in der Erklärung niedergelegten Vereinbarungen nach Ansicht der Staatsregierung rechtsverbindlichen Charakter haben und wie, falls ja, dies ggf. mit den Ankündigungen von Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann, das ANKER-Zentrum Geldersheim in Betrieb zu halten und möglicherweise auch über das Jahr 2025 hinaus weiterbetreiben zu wollen, vereinbar ist?

**Martin Hagen**  
(FDP)

Vor dem Hintergrund der auf Bundesebene diskutierten Änderung des Infektionsschutzgesetzes (T-Drs. 20/958) frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über aktuell in Bayern stattfindende Ausbreitungen von Virusvarianten des Coronavirus SARS-CoV-2, die eine signifikant höhere Pathogenität aufweisen, konkret und im Einzelnen bezogen auf bestimmte Gebietskörperschaften vorliegen (bitte je Variante örtlichen und zeitlichen Ausbreitungsverlauf darstellen, das jeweilige Ausmaß der Ausbreitung in den letzten beiden Wochen absolut und relativ wiedergeben und jeweils Belege für eine signifikant höhere Pathogenität anhand üblicher Tests des Signifikanzniveaus darstellen), in welchen einzelnen Gebietskörperschaften Bayerns aufgrund einer besonders hohen Anzahl von Neuinfektionen oder einem besonders starken Anstieg an Neuinfektionen eine Überlastung der Krankenhauskapazitäten in der jeweiligen Gebietskörperschaft droht (bitte ggfs. die „besonders hohe Anzahl“ oder den „besonders starken Anstieg“ anhand von gebräuchlichen absoluten und relativen Maßstäben darlegen und die Überlastung der Krankenhauskapazitäten anhand der absoluten Bettenzahl auf Intensiv- und Normalstationen und des jeweiligen Einflusses durch Coronapatienten darstellen sowie in Verbindung zu bisher von der Staatsregierung verwendeten Maßstäben wie der sog. Krankenhausampel setzen) und angesichts der Beschwerde des Staatsministers für Gesundheit und Pflege in der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.03.2022 über eine neunstündige Rückmeldefrist des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege, wie viele Stunden vor Inkrafttreten der jeweiligen Änderungen der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung der Landtag jeweils im Einzelnen von der Staatsregierung gemäß Ziffer VI. Nr. 5 der Vereinbarung zum Parlamentsbeteiligungsgesetz (Wortlaut hier „umgehend“) informiert worden ist (bitte für die einzelnen Änderungen den genauen Zeitpunkt sowie die verbleibende Zeit bis zum Inkrafttreten auflisten)?

**Prof. Dr. Ingo Hahn**  
(AfD)

Nachdem die Entlassung des russischen Dirigenten der Münchner Philharmoniker Valery Gergiev eine Debatte über die Freiheit der Kunst im Freistaat auslöste und dabei auch eine Kürzung der Zuwendungen des Freistaates an die Münchner Philharmoniker ins Spiel gebracht wurde, frage ich die Staatsregierung, wie verteilen sich die im Einzelplan 15 Kap. 15 05 Tit. 685 75 aufgeführten Fördermittel im Einzelnen auf die nichtstaatlichen Orchester in Bayern (Hofer Symphoniker, Münchner Symphoniker, Münchner Kammerorchester, Münchner Philharmoniker, Nürnberger Symphoniker, Philharmonisches Orchester Bad Reichenhall, Kammerorchester Bad Brückenau, Orchester Jakobsplatz München, Georgisches Kammerorchester Ingolstadt), welche Verwendungszwecke liegen den Zuweisungen im Falle der Münchner Philharmoniker zugrunde und welche weiteren politisch motivierten Entlassungen bzw. Vertragskündigungen von in- und ausländischen Künstlern sind der Staatsregierung seit dem 24. Februar 2022 bekannt geworden (bitte auf Fälle in staatlichen und nichtstaatlichen Opernhäusern, Theatern, Orchestern, Museen etc. eingehen und im Einzelnen die Kosten der Vertragslösung aufschlüsseln)?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Zahlen liegen dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) zur Impfquote in Schwaben (aufgeschlüsselt nach Landkreisen) vor, welche Erklärung gibt es von Seiten des StMGP dafür, dass die Infektions- und Todeszahlen laut eines BR-Berichts vom 13.03.2022 in Schwaben deutlich stärker und schneller steigen als im bundesdeutschen und bayerischen Durchschnitt und welche Erklärung gibt es dafür, dass am Sonntag den 13.03.2022 der alarmierende Wert von 100 gemeldeten Todesfällen erreicht wurde?

**Elmar Hayn**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Hinblick auf das Vorgehen bei der Registrierung und weiteren Verteilung von Geflüchteten aus der Ukraine frage ich die Staatsregierung, wie in Bayern der Registrierungsprozess von Geflüchteten aus der Ukraine organisiert ist (Unterscheidung ANKER-Zentren inkl. Dependancen versus Kreisverwaltungsbehörden), wieviel Personalkapazitäten hierfür eingesetzt sind/waren/werden (nur ANKER-Zentren inkl. Dependancen) und nach welchen Kriterien die zentral erfassten Geflüchteten in Bayern verteilt werden (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Kalenderwochen)?

**Dr. Wolfgang Heubisch**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit der in der Pressemitteilung des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst (Nr. 39 vom 02. März .2022) angekündigte Notfonds für ukrainische Studierende und Forschende in Höhe von 500.000 Euro – angesichts der von anderen Bundesländern in Aussicht gestellten Hilfsprogramme – als ausreichend erachtet wird, um die vielen aus der Ukraine geflüchteten Studierenden und Forschenden zielführend zu unterstützen, weshalb sich die Vergabe der Mittel nach der Anzahl der eingeschriebenen ukrainischen Staatsangehörigen an der jeweiligen Hochschule richtet und was die Staatsregierung konkret unternimmt, um die Ukrainische Freie Universität in München zu unterstützen, die eine ideale Anlaufstelle für die geflüchteten Studierenden und Forschenden bieten könnte?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird die Schulpflicht der ukrainischen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach den drei Monaten in der sogenannten Willkommensgruppe im Regelschulsystem oder in den Deutschklassen erfüllt, wie viel ukrainisch- und russischsprachiges Lehrpersonal steht in Bayern zur Verfügung (bitte genau aufschlüsseln) und welche Bemühungen finden statt, um geflüchtete Lehrkräfte aus der Ukraine in Bayern einzusetzen?

**Alexandra Hiersemann**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen militärischen Angriffs Russlands auf die Ukraine, der damit zunehmend dramatischeren Sicherheitslage im Land und der EU-Regelung zur Richtlinie 2001/55/EG, frage ich die Staatsregierung, wie viele Geflüchtete in den letzten sechs Monaten aus bayerischer Zuständigkeit in die Ukraine und nach Russland abgeschoben wurden bzw. versucht wurden, abzuschieben (bitte differenziert nach erfolgter und abgebrochener Abschiebung mit Begründung; aufgeschlüsselt nach Monaten, Regierungsbezirk, Alter und Geschlecht), wie viele ukrainische und russische Geflüchtete sich derzeit im Freistaat Bayern aufhalten (bitte aufgeschlüsselt nach aufenthaltsrechtlichem Status sowie nach Regierungsbezirk, Alter und Geschlecht angeben) und wie die Staatsregierung ihre Ausländerbehörden zum Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine (mit und ohne ukrainischen Pass) anweist bzw. angewiesen hat, die sich bereits vor Ausbruch des Krieges in Bayern aufgehalten haben (bitte Wortlaut der Weisung anfügen, falls eine solche Weisung noch nicht erfolgt ist, bitte begründen)?

**Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle einer Doppel-Erpressung (Lösegeldforderung sowohl für das Entschlüsseln als auch für das Nichtveröffentlichen zuvor kopierter Daten) und einer Dreifach-Erpressung (zusätzliche Einbeziehung von Dritten, wie etwa Kunden, nach deren Datenabfluss) von Unternehmen es in Bayern seit 2018 pro Jahr gab (bitte hierbei nach Angriffsländern gliedern), wie viele davon jeweils erfolgreich waren (bitte hierbei auch Aufklärungsquote angeben) und welche Maßnahmen die Staatsregierung getroffen hat bzw. trifft, um diese Erpressungsmöglichkeiten zu verringern?

**Annette Karl**  
(SPD)

Bezugnehmend auf die Pressemitteilung des Staatsministeriums für Digitales vom 9. März 2022 „Bayern und Saarland werben für bundesweit einheitlichen Zugang bei Verwaltungsdienstleistungen“ frage ich die Staatsregierung, inwieweit wurde vor Verabschiedung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung über die Digitalisierung im Freistaat Bayern (Bayerisches Digitalgesetz – BayDiG) durch das Kabinett mit den anderen Bundesländern und dem Bund eine gemeinsame Lösung koordiniert, inwiefern sind die Angebote für Bürgerinnen und Bürger im Portalverbund Bayern mit dem Nutzerkonto Bund kompatibel bzw. können die digitalen Verwaltungsleistungen direkt über Nutzerkonten der Verwaltungsportale des Bundes und anderer Länder abgerufen werden?

**Christian Klingen**  
(AfD)

Nachdem während der Pandemie von zahlreichen Interakteuren medial zum Schutz vor Corona aufgerufen wurde, wobei vor allem für die Impfungen gegen das Coronavirus geworben wurde, frage ich die Staatsregierung, warum wurde weder vonseiten der Staatsregierung noch von Gesundheitsämtern oder anderen wichtigen Akteuren dazu aufgerufen, sein eigenes Immunsystem zu stärken und somit vor Krankheiten, aber auch vor Impfnebenwirkungen besser gerüstet zu sein, welche Möglichkeiten sind der Staatsregierung bekannt, das Immunsystem zu stärken und welche Möglichkeiten empfiehlt die Staatsregierung?

**Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fördermittel wurden aus dem Sonderprogramm „Integrale Konzepte zum kommunalen Sturzflut-Risikomanagement“ (nach Nr. 2. 4 Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben – RZWas 2018) der Staatsregierung seit Beginn des Programms ausgezahlt (bitte aufschlüsseln nach Haushaltsansatz, Jahr und tatsächlichen Auszahlungen), wie viele Fördermittel stehen für das Jahr 2022 zur Verfügung und wie viele Mittel sind davon bereits durch einen Zuwendungsbescheid gebunden?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit der Herstellung der Brennelemente für den Garchingener Forschungsreaktor Forschungs-Neutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz (FRM II) auf Basis hoch angereichten Urans aus Russland frage ich die Staatsregierung, welche vertraglichen Verpflichtungen die Technische Universität (TU) München in diesem Zusammenhang mit russischen Stellen eingegangen ist, wie lange die TU München die Kooperation mit Russland bei der Belieferung mit hoch angereichertem Uran aufrecht erhalten will und wie die Staatsregierung die Kooperation zwischen Russland und der TU München angesichts der aktuellen Situation beurteilt?

**Sebastian Körber**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich der Beitrag Russlands zur Energieversorgung bei den Erdöl- und Erdgasimporten Bayerns seit 2014 jährlich in Prozent entwickelt, wie oft trafen sich im gleichen Zeitraum Vertreter der Staatsregierung mit Vertretern der russischen Föderation und welche Maßnahmen hat sie seit 2014 ergriffen, um die Abhängigkeit der Energieversorgung von russischem Erdgas und Erdöl zu verringern?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien (Gruppengröße, evtl. jahrgangsübergreifend, Stundenplan, Inhalte, Struktur usw.) werden die angekündigten Willkommensgruppen an Schulen geplant, welches (pädagogische) Personal wird hierfür eingesetzt und wieviel Personal ist jetzt und in absehbarer Zeit hierfür vorhanden?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche rechtlichen Gründe sprechen gegen eine Teilnahme von staatlichen Kunst- und Kulturinstitutionen an einer Erhebung des jeweiligen CO<sub>2</sub>-Fußabdruckes mittels einer durch eine Landtagsfraktion in Auftrag gegebenen CO<sub>2</sub>-Studie, besteht für die staatlichen Kunst- und Kulturinstitutionen die Möglichkeit, nach eigenem Ermessen unter Abwägung der gegebenenfalls entstehenden Mehrbelastungen, sich für eine auf Wunsch anonymisierte Beteiligung an einer durch eine Landtagsfraktion in Auftrag gegebene CO<sub>2</sub>-Studie zu entscheiden und dürfen staatliche Einrichtungen eine eigene CO<sub>2</sub>-Bilanz erstellen bzw. Daten als Basis einer eigenen CO<sub>2</sub>-Bilanz erheben und weitergeben?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Fälle von Gewalt gegen Frauen in Bayern seit Januar 2020 entwickelt (bitte je nach Monat auflisten)?

**Stefan Löw**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Firmen ihre Produktionen aufgrund staatlicher bzw. behördlicher Anordnung wegen eines Gasmangels o. ä. Gründe einschränken mussten, in welcher Höhe diese Entschädigung erhalten und wie lange die Gasbestände, unter Berücksichtigung der aktuellen Lieferlage oder des Ausfalls von russischen Gaslieferungen bei durchschnittlichem Verbrauch zu dieser Jahreszeit, voraussichtlich reichen würden?

**Gerd Mannes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie schätzt sie das zeitliche Potenzial des Brennstäbevorrats von Isar II noch über Ende 2022 hinaus ein, wie schätzt sie die personellen Kapazitäten von Isar II für einen Weiterbetrieb über Ende 2022 hinaus ein und welche Gründe sprechen für und gegen einen Weiterbetrieb von Isar II über das Ende von 2022 hinaus?

**Helmut Markwort**  
(FDP)

Seit über zwei Wochen kommen immer mehr ukrainische Geflüchtete in Bayern an, weshalb ich die Staatsregierung frage, wie viele Gebäude des Freistaates aktuell leer stehen bzw. ungenutzt sind (bitte unter Nennung der einzelnen Gebäude, Adresse und Kapazitäten), wie viele dieser Gebäude mit geringen Umrüstungen für die Unterbringung der ukrainischen Geflüchteten genutzt werden könnten (bitte unter Angabe der möglichen Verfügbarkeit) und welche Anstrengungen die Staatsregierung unternimmt dies umzusetzen, um die hauptsächlich in München und Nürnberg ankommenden Geflüchteten unterzubringen?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem immer mehr EU-Länder die gegen russische Oligarchen verhängten Sanktionen infolge des Ukraine-Krieges umsetzen, frage ich die Staatsregierung, in welchem Umfang die auf der Sanktionsliste relevanten Personen über Immobilien im Freistaat verfügen, inwiefern bislang Beschlagnahmungen stattgefunden haben und wie mit diesen Immobilien nun weiter verfahren wird?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie genau sieht der inhaltliche und zeitliche Projektplan der Staatsregierung zur Umsetzung des Europäischen Jahrs der Jugend 2022 aus, inwieweit wird die Club-, Discotheken- und Veranstaltungsszene eingebunden und welche konkreten Ansätze gibt es, um dem Themenjahr eine regionalisierte Ausrichtung zu geben?

**Alexander Muthmann**  
(FDP)

Nachdem die Stadt Freyung bereits am 14. Mai .2018 durch Verabschiedung eines Aufstellungsbeschlusses die Bereitschaft dokumentiert hatte, alle notwendigen Planungsschritte für die Realisierung des angekündigten Ausbildungs- und Trainingszentrums in die Wege zu leiten, und nachdem das Staatliche Bauamt Passau am 21. Februar 2022 auf seinen Seiten eine Pressemitteilung veröffentlichte, der zu entnehmen ist, es gebe nunmehr trotz verringerter Flächenverfügbarkeiten eine neue Konzeptplanung, frage ich die Staatsregierung, wann genau sie vorhat, diese Planungen der Stadt Freyung als Grundlagen für die Bauleitplanung zukommen zu lassen und wann genau sie plant, nunmehr auch durch Informationsveranstaltungen die interessierte Öffentlichkeit über diese Entwicklungen zu informieren, wie es der Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann bei Konkretisierung der Planungen bereits 2018 in Aussicht gestellt hat?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, plant sie die Sprachkurse für Asylbewerberinnen bzw. Asylbewerber auszuweiten, um die Aufnahme und Befähigung von ukrainischem Geflüchteten zu ermöglichen (bei nein, bitte begründen, bei ja, bitte die genauen finanziellen Rahmen benennen und die Aufstockung des Lehrpersonals genau auflisten), beabsichtigt sie ein Landesprogramm für Sprachkurse für Frauen mit Kinderbetreuung aufzulegen, weil viele Frauen ohne ihre Männer aber mit Kindern in Bayern ankommen, wie möchte die Staatsregierung die Anerkennungsstellen stärken um berufliche Qualifikationen aus der Ukraine schneller anzuerkennen und Nachqualifizierungen zu ermöglichen?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Vergaberegeln unterlag die Beschaffung der 4 000 Weißwürste sowie der weiteren Verköstigungen für den Empfang des Ministerpräsidenten am 11. März 2022 in Grafenwöhr, wurden diese Vergaberegeln eingehalten und welche Gesamtkosten sind dem Freistaat durch den Empfang entstanden?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren 2021 im Freistaat die Pro-Kopf-Ausgaben je Kind unter sechs Jahren, das in einer öffentlichen Kindertageseinrichtung gefördert wurde (bitte aufgeführt nach Pro-Kopf-Ausgaben seitens des Freistaats sowie der Kommunen), wie haben sich diese Werte seit 2015 entwickelt (bitte aufgeschlüsselt nach einzelnen Jahren angeben) und bei welcher Höhe lag in den Jahren 2015 bis 2021 jeweils der durchschnittliche Wert in der Bundesrepublik (nach Kenntnis der Staatsregierung) bei den Pro-Kopf-Ausgaben pro Kind unter sechs Jahren in öffentlichen Kindertageseinrichtungen?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele antisemitische Straftaten wurden in Bayern im Jahr 2021 verübt (bitte einzelne Delikte detailliert darstellen und nach Anzahl, Art und Motivation der Straftaten aufgeschlüsselt angeben), welchem Phänomenbereich der Politisch Motivierten Kriminalität wurden diese Straftaten jeweils zugeordnet und wie viele der antisemitischen Straftaten in Bayern im Jahr 2021 haben im Internet stattgefunden (bitte einzelne Delikte detailliert darstellen und nach Anzahl, Art und Motivation der Straftaten aufgeschlüsselt angeben)?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Frauen fanden in den letzten drei Jahren Zuflucht in einem Frauenhaus (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten, sowie unter Angabe, ob die Frauen mit oder ohne Kind Zuflucht gefunden haben), wie viele Frauen und Kinder wurden im Jahr 2021 aufgrund eines fehlenden Frauenhausplatzes abgewiesen bzw. weitervermittelt (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten anhand eingeführter statistischer Erfassung der Abweisungszahlen und Weitervermittlungen ab dem Jahr 2021 vgl. Schriftliche Anfrage Schutz vor Gewalt vom 17.09.2020 – Drs. 18/9812), wie lange warteten Frauen in Bayern in den vergangenen drei Jahren durchschnittlich auf einen Frauenhausplatz (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten)?

**Jan Schiffers**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fehlbeleger (abgelehnte Asylbewerber, Geduldete etc.) sind in den ANKER-Zentren im Freistaat Bayern untergebracht (bitte nach einzelnen ANKERn in absoluten Zahlen und Prozentsatz der Gesamtbelegung aufschlüsseln), wie viele Fehlbeleger (abgelehnte Asylbewerber, Geduldete etc.) sind außerhalb der ANKER-Zentren im Freistaat Bayern untergebracht (bitte nach einzelnen ANKERn in absoluten Zahlen und Prozentsatz der verfügbaren Unterkunftsplätze aufschlüsseln) und ist beabsichtigt, die vorgenannten Fehlbeleger zugunsten der ukrainischen Kriegsflüchtlinge schnellstmöglich abzuschieben?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Vermögenswerte in Bayern von Sanktionen gegen Russland betroffenen natürlichen oder juristischen Personen, fallen in den Zuständigkeitsbereich der Behörden, wie werden diese Vermögenswerte ermittelt und welche Maßnahmen werden oder wurden damit vollzogen?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, mussten die 8 Mio. am 07. April 2020 am Flughafen München angekommenen und in Gegenwart von Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien, Dr. Florian Herrmann, und Bundesminister Andreas Scheuer pressewirksam entgegengenommenen Masken der Firma F&E Protective nachträglich gesperrt werden, falls ja, wann wurden sie gesperrt und warum erst zu diesem Zeitpunkt?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie oft in den letzten fünf Jahren haben Katastrophenschutzbehörden Angriffe auf kritische Infrastruktur (Cyberangriff oder Sabotage) geübt, auf welchen Kanälen wird die Bevölkerung im Falle eines Angriffs informiert (Zeitpunkt der Information benennen) und hält das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration bzw. das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik unterstützend Notfallpläne für betroffene Unternehmen und Kritische Infrastrukturen (KRITIS) bereit?

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass in den letzten Tagen bereits einige ukrainische Geflüchtete in Deutschland und Bayern angekommen sind und insgesamt laut Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann bis zu 100 000 Schutzsuchende in Bayern erwartet werden, frage ich die Staatsregierung, ob folglich die psychosoziale Betreuung für Geflüchtete ausgebaut wird, ob die Richtlinie zur Integrationsberatung überarbeitet wird, um die Träger zu entlasten, die nun die Situation maßgeblich mit auffangen und wie sie die Kommunen finanziell und integrationspolitisch unterstützt, um sie mit der Aufgabe nicht alleine zu lassen?

**Anna Schwamberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Informationen ihr über die Schulgründungsinitiative „Bewegte Naturschule“ des Vereins „Bewegte Naturschule e. V.“ vorliegen, ob Verbindungen des Vereins zur Querdenker-Szene bekannt sind, und ob der Verein Verbindungen zu dem Verein „Wissen schafft Freiheit“ unterhält?

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, seit wann können für das Programm „Maßnahmen zur Stärkung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse“ (VuV) keine Förderanträge mehr gestellt werden, wie werden die neuen Förderrichtlinien gestaltet und ab wann sind wieder Anträge im Rahmen des VuV-Programms möglich?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist es zutreffend, dass Ministerpräsident Dr. Markus Söder am 31. März 2020 eine SMS mit dem Inhalt „Müsst ihr nehmen, Scheuer muss das garantieren!“ an Staatssekretär Gerhard Eck versandte, wurde in der Folge ein Vertrag mit der Firma F&E Protective entgegen der fachlichen Haltung im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege abgeschlossen und bestand die Staatskanzlei auf Weisung von Staatsminister Dr. Florian Herrmann auf den Abschluss dieses Vertrags?

**Ulrich Singer**

Ich frage die Staatsregierung, wie viele ukrainische Flüchtlinge sind derzeit in Bayern, wie viele davon sind Frauen bzw. Kinder

- (AfD) und wie viele Flüchtlinge sind in staatlichen Unterkünften untergebracht bzw. in sonstigen privaten?
- Christoph Skutella**  
(FDP) Welche Ergebnisse der im Rahmen des Kontrollkonzeptes 2030 durchgeführten Bestandsaufnahme „Aufgabenkritik der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung“ sowie der Kampagne „Zukunftskonzept Landtierärzte“ liegen derzeit schon vor und wann werden diese veröffentlicht?
- Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP) Die Coronapandemie hat gerade im Gesundheits- und Pflegebereich zu einer hohen Belastung im Arbeitsalltag geführt, weswegen ich die Staatsregierung frage, wie viele Pflegehilfskräfte, Pflegefachkräfte und Pflegekräfte mit Fachweiterbildung wie z. B. Anästhesie und Intensivpflege, Hygienefachkraft, sind derzeit in Bayern als arbeitslos gemeldet, wie hat sich die Arbeitslosigkeit in der Alten- und Krankenpflege in den letzten fünf Jahren entwickelt und wie bewertet die Staatsregierung diese Entwicklung?
- Diana Stachowitz**  
(SPD) Vor dem Hintergrund der Inkraftsetzung der RL 2001/55/EG und dem damit anwendbaren § 24 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), der einen humanitären Aufenthaltstitel für geflüchtete Personen aus der Ukraine i. S. d. Durchführungsbeschlusses des Rates der Europäischen Union ermöglicht, frage ich die Staatsregierung, ob die Wiedereinreisesperren für abgeschobene Personen, die vor dem 24.02.2022 mit einer Wiedereinreisesperre nach § 11 AufenthG belegt wurden und sich nun aufgrund des Krieges in der Ukraine auf der Flucht befinden, nach § 11 Abs. 4 aufgehoben bzw. verkürzt werden, inwiefern sich solche früher verhängten Wiedereinreisesperren negativ auf die Erlangung eines Aufenthaltstitels für die Betroffenen auswirken und welche Behörde für Entscheidungen nach § 11 Abs. 4 AufenthG zuständig ist?
- Ralf Stadler**  
(AfD) Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die Gesamtsumme der Bußgelder, die in der Stadt Passau seit Beginn der Coronapandemie wegen Verstößen gegen die Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnungen (BayIfSMV) verhängt wurden und wie werden die vereinnahmten Bußgelder verwendet?
- Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, für wie viele Menschen werden im Freistaat Jobblocker bereitgehalten (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirken), wie ist die Herausgabe an die Bevölkerung im Fall einer nuklearen Gefahr geregelt (bitte räumliche und zeitliche Verteilung schildern) und wann wurden die Notfallpläne für diesen Fall zuletzt an die beteiligten Stellen kommuniziert (bitte aufschlüsseln nach Stellen und Art der Kommunikation)?
- Dr. Simone Strohmayer**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele finanziellen Mittel sind für die Generalsanierung des Augsburger Uniklinikums geplant und in welchem zeitlichen Rahmen ist die Sanierung geplant?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und einem möglichen Stopp der Erdgasimporte aus Russland sowie dem vergleichsweise niedrigen Füllstand der Gasspeicher, frage ich die Staatsregierung, inwieweit die Gasinfrastruktur darauf ausgelegt ist, Bayern mit Gaslieferungen aus anderen Bezugsquellen zu versorgen, mit welchen Instrumenten gedenkt sie die stark betroffenen Industrie- und Gewerbebetriebe bei Preissteigerungen und drohender Unterversorgung zu unterstützen und welche technischen Hemmnisse sind der Staatsregierung für die Umstellung von russischen auf alternative Gaslieferungen bekannt?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass zuletzt vermehrt Berichte in den Medien erscheinen, nach denen deutsche Rechtsextreme sich vereinzelt oder organisiert in das Staatsgebiet der Ukraine begeben, um in das dortige Kriegsgeschehen einzugreifen, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse liegen den Behörden und der Staatsregierung vor über die Anzahl, die Motive, die Professionalisierung und den Organisationsgrad der Rechtsextremen, die aktuell in der Ukraine kämpfen und danach gegebenenfalls kampferfahren und waffenerprobt nach Deutschland zurückkehren?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern die Kommunen und die Schulen (finanziell und personell) vom Freistaat Bayern bei der Beschulung von ukrainischen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unterstützt werden, inwiefern wird eine wohnortnahe Beschulung angestrebt und mit wie vielen schulpflichtigen Schülerinnen und Schülern aus der Ukraine rechnet Bayern (aufgeschlüsselt nach Schularten)?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war der Anteil der Stilllegungsfläche an der Gesamtproduktionsfläche in Bayern im Jahr 2021, welchen Flächenanteil nahmen dabei Landschaftselemente (LE) ein und in welche Nutzungen teilt sich die restliche Stilllegungsfläche auf?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Forschungsprojekte zu den Langzeitfolgen von COVID-19-Infektionen (Long-COVID, PIMS etc.) werden im Freistaat von der öffentlichen Hand gefördert (bitte einzeln auszuweisen mit Forschungsziel, Forschungsmittelhöhe und Projektterminierung), wie weit ist der zwecks Sicherung von Wissenstransfer und weiterem Forschungsfortschritt per Landtagsbeschluss beauftragte Aufbau eines „fest institutionalisierten Netzwerks zwischen Forschungseinrichtungen, ambulanten und stationären Einrichtungen bzw. Ärzten, Rehabilitationseinrichtungen sowie Selbsthilfegruppen“ gediehen und welche Einschätzung hat die Staatsregierung – trotz der Defizite bei der Datenerfassung zu Post-COVID-Fällen – von der langfristigen Belastung des Gesundheitswesens in Bayern durch Post-COVID?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen die Eingriffe im Inneren des Denkmals Forsthaus Valepp stattfanden (Anlass, Zeitraum der Arbeiten, Begründung für die durchgeführten Arbeitsschritte, jeweilige Bewertung/Erlaubnis der Denkmalbehörden), ob die aus dem Denkmal entfernten Elemente erhalten/eingelagert wurden und ob eine Einsichtnahme in den vorangegangenen Schriftwechsel mit den Denkmalbehörden zu diesen Vorgängen möglich ist?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf welchen Wegen erreichte das Angebot der Firma F&E Protective über OP-Masken und FFP2-Masken, welches zum Vertragsabschluss am 31.03.2020 führte, das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, wurde das Angebot prioritär behandelt und falls ja, warum?